

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Übach-Palenberg

Vorsitzender: Alf-Ingo Pickartz
Stellvertretender Vorsitzender: Tim Böven
Geschäftsführer: Sven Bildhauer

Im Kauert 61
52531 Übach-Palenberg
Telefon: 02451-913793
E-Mail: fraktion@spd-uebach-palenberg.de

Alf-Ingo Pickartz, Im Kauert 61, 52531 Übach-Palenberg

An den
Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg,
Herrn Wolfgang Jungnitsch
Rathausplatz 4

52531 Übach-Palenberg



Datum: 12. März 2020

Integrationspauschale- Zuwendung der Landesregierung

Sehr geehrter Bürgermeister Jungnitsch,

die SPD- Fraktion stellt für die Ratssitzung, Mittwoch, den 25.03.2020 den Antrag der Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution des Rates der Stadt Übach-Palenberg an die NRW Landesregierung über die zukünftige Zuteilung der Integrationspauschale.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg fordert deshalb die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf,

1. ihr Versprechen einzuhalten und die vom Bund an die Länder für die Integration von geflüchteten Menschen vorgesehenen Mittel (Integrationspauschale bzw. nunmehr „Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke“) in voller Höhe für die Jahre 2020 und 2021 an die Kommunen weiterzuleiten,
2. die Pauschalen nach dem FlüAG auf den im „Lenk-Gutachten“ ermittelten Ist-Kosten-Stand anzuheben,
3. die Dauer des Erstattungszeitraums für Geduldete von derzeit 3 Monaten nach ablehnendem Asylbescheid auszuweiten, solange diese Personen Leistungen nach dem AsylbLG erhalten.

Begründung:

Der Druck auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen ist auch nach 2015 weiterhin hoch und als angespannt zu betrachten. Dies betrifft sowohl den Bereich der unzureichenden finanziellen Erstattungsregeln des Landes NRW, als auch Fragen zur Flüchtlingszuweisung.

Der Bundestag hat im November 2019 die Fortsetzung der Integrationspauschale für 2020 und 2021 beschlossen. Dies bedeutet für NRW in 2020 insgesamt 151 Millionen Euro. Die Landesregierung weigert sich allerdings, dieses Geld an die Städte und Gemeinden weiterzugeben. Sie gefährdet damit die erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort. Obwohl die Kommunalen Spitzenverbände auch eine Weiterleitung fordern, haben CDU und FDP einen entsprechenden Antrag im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt. Dadurch entgehen der Stadt Übach-Palenberg, laut Berechnungen der SPD- Landtagsfraktion für 2020 rund 217.012,82 Euro.

Mit freundlichen Grüßen,


(Alf-Ingo Pickartz)

(Tim Böven)